



Sitzung des Europäischen Rats am 18./19. Juni 2007

Position zur Zukunft der Verfassung

Anmerkung: Bei diesem Dokument handelt es sich nicht um einen offiziellen Beschluss, sondern um eine informelle Absichtserklärung gegenüber der Öffentlichkeit, die lediglich der politischen Meinung der Unterzeichner Ausdruck gibt.

Wir erklären ausdrücklich unsere Unterstützung für den Beschluss, der unter gemeinsamem Ringen auf der Sitzung des Europäischen Rats in Berlin geschaffen wurde. Die Unterzeichner dieses Dokuments sind gewillt, diesen Beschluss im Nachlauf der Sitzung umzusetzen und auf Basis dieses Papiers die Europäische Union auf jene erneuerte Grundlage zu stellen, die wir alle so dringend notwendig finden. Dieses Vorhaben darf nicht noch länger aufgeschoben werden, weil Staaten auf nicht durchsetzbaren Präferenzen beharren.

Die Unterzeichner sehen, dass die Beschlussvorlage zum gegenwärtigen Zeitpunkt der maximale Fortschritt ist, der im Konsens erzielt werden kann. Allerdings bekennen wir uns auch zur Vision, von der die Europäische Union seit Anbeginn getragen wird. In dieser Vision leben die Völker Europas miteinander, politisch und wirtschaftlich vereint. Wir sind der Ansicht, dass ein Grundlagenvertrag nur als Schritt auf dem Weg dorthin gesehen werden kann - als ein Schritt gleichwohl, der raumgreifend ist.

Mit dieser Erklärung bringen wir zum Ausdruck, dass es das Ziel unserer europäischen Politik auf lange Sicht bleiben wird, zu einer gemeinsamen Verfassung für Europa zu kommen. In realistischer Einschätzung der gegenwärtigen Situation betrachten wir dies als langfristiges Projekt. Der lange Zeithorizont hält uns jedoch nicht davon ab, anzumahnen, diese Vision nicht aus den Augen zu verlieren.

Die Unterzeichner dieser Erklärung bekennen sich zu einem Vertiefungsprozess innerhalb der Europäischen Union. Durch diese separate Erklärung wollen wir ein öffentliches Signal für dieses Bekenntnis setzen. Wir folgen damit dem Stimmungsbild unserer Bevölkerungen, die einer Verfassung gegenüber nach wie vor überwältigend positiv eingestellt sind. Als Regierung halten wir das Mandat unserer Bürger und sehen wir uns verpflichtet, ihrem Willen gemäß unsere Politik auszugestalten. Wir sind offen für jeden, der uns in diesem Vorhaben zu unterstützen gewillt ist.

Belgien	Litauen	AT Spanien
Zypern	Österreich	Malta
Slowenien	Luxemburg	
Slowakei	Bulgarien	PT (Portugal)
Dänemark	Finnland	Slowakei
Deutschland	Estland	Rumänien
Ungarn	Italien	Irland
Græchenland	Polen	Niederlande
	Letten	Polen